

01 - Büro der Oberbürgermeisterin

Datum:
16.10.2024

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Antrag "HanseCard weiterentwickeln" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.10.2024, eingegangen am 15.10.2024 um 18:13 Uhr)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	29.10.2024	Verwaltungsausschuss
Ö	30.10.2024	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

Die Verwaltung nimmt zu dem beigefügten Antrag wie folgt Stellung:

Grundsätzlich befürwortet die Verwaltung die Weiterentwicklung der HanseCard.

Wie bereits in der Stellungnahme der Verwaltung vom 13.05.2024 (VO/11255/24) erläutert, handelt es sich bei der HanseCard um eine freiwillige Leistung der Hansestadt Lüneburg. Im Haushaltsentwurf sind 10.000 € für die HanseCard veranschlagt.

Für eine valide Kostenschätzung müssen die Rahmenbedingungen bestimmt werden. Die im Antrag beschriebenen Punkte, wie die Gewinnung weiterer Anbieter, sind mit einem hohen Arbeitsaufwand verbunden. Personelle Ressourcen sind hierfür nicht vorhanden.

Die Verwaltung schlägt daher vor die Weiterentwicklung der HanseCard in einem Projekt durchzuführen. Es wird geprüft, ob die Aufgabe mit einer bestehenden Organisationseinheit verknüpft werden kann und ob weitere personelle Ressourcen erforderlich sein werden. Inhaltlich sollte die Weiterentwicklung im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt diskutiert werden.

Folgenabschätzung:

A) Auswirkungen auf die Ziele der nachhaltigen Entwicklung Lüneburgs

Ziel	Auswirkung positiv (+)	Erläuterung der Auswirkungen
------	------------------------	------------------------------

		und/oder negativ (-)	
1	Umwelt- und Klimaschutz (SDG 6, 13, 14 und 15)		
2	Nachhaltige Städte und Gemeinden (SDG 11)	+	Förderung des bürgerschaftliche Engagement und Stärkung der Gemeinschaft.
3	Bezahlbare und saubere Energie (SDG 7)		
4	Nachhaltige/r Konsum und Produktion (SDG 12)		
5	Gesundheit und Wohlergehen (SDG 3)		
6	Hochwertige Bildung (SDG 4)		
7	Weniger Ungleichheiten (SDG 5 und 10)		
8	Wirtschaftswachstum (SDG 8)		
9	Industrie, Innovation und Infrastruktur (SDG 9)		

Die Ziele der nachhaltigen Entwicklung Lüneburgs leiten sich eng aus den 17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDG) der Vereinten Nationen ab. Um eine Irreführung zu vermeiden, wird durch die Nennung der UN-Nummerierung in Klammern auf die jeweiligen Original-SDG hingewiesen.

B) Klimaauswirkungen

a) CO₂-Emissionen (Mehrfachnennungen sind möglich)

Neutral (0): durch die zu beschließende Maßnahme entstehen keine CO₂-Emissionen

Positiv (+): CO₂-Einsparung (sofern zu ermitteln): _____ t/Jahr

und/oder

Negativ (-): CO₂-Emissionen (sofern zu ermitteln): _____ t/Jahr

b) Vorausgegangene Beschlussvorlagen

Die Klimaauswirkungen des zugrundeliegenden Vorhabens wurden bereits in der Beschlussvorlage VO/ _____ geprüft.

c) Richtlinie der Hansestadt Lüneburg zur nachhaltigen Beschaffung (Beschaffungsrichtlinie)

Die Vorgaben wurden eingehalten.

Die Vorgaben wurden berücksichtigt, sind aber nur bedingt anwendbar.

oder

Die Beschaffungsrichtlinie ist für das Vorhaben irrelevant.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

a) für die Erarbeitung der Vorlage: 80,--

aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.

b) für die Umsetzung der Maßnahmen:

c) an Folgekosten:

d) Haushaltsrechtlich gesichert:

Ja

Nein X

Teilhaushalt / Kostenstelle:

Produkt / Kostenträger:

Haushaltsjahr:

e) mögliche Einnahmen:

Anlagen:

Antrag "Hansecard weiterentwickeln" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.10.2024)

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:



Stadtratsfraktion Lüneburg
Ratsmitglied Pia Redenius
Ratsmitglied Andrea Kabasci

Schröderstraße 16 (Grünes Büro)
21335 Lüneburg
p.redenius@posteo.net
a.kabasci@posteo.de

Lüneburg, den 15.10.2024

Antrag zur Sitzung des Rates am 30.10.2024

HanseCard weiterentwickeln – Teilhabe für alle garantieren

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen beantragt hiermit:

1. Die Ausweitung der HanseCard auf erwachsene Empfänger*innen von Arbeitslosengeld II, Wohngeld, Sozialhilfe und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.
2. Die Karten der Ehrenamtlichen, die bisher von der HanseCard profitieren konnten, sollen in die Ehrenamtskarte des Landes überführt werden.
3. Es wird geprüft, inwiefern der Seniorenpass der Hansestadt Lüneburg für Senior*innen, die Grundsicherung oder Wohngeld beziehen, in die HanseCard integriert werden kann.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit allen relevanten stadteigenen Institutionen und Beteiligungsgesellschaften über das Angebot und die Ausweitung der Angebote für Inhaber*innen der HanseCard in den Kontakt zu treten (z.B. Musikschule, Theater). Ziel der Gespräche ist eine Ausweitung und Vereinheitlichung des Systems. In einem nächsten Schritt sollen weitere potenzielle Institutionen (z.B. Kinos) angesprochen werden. Verhandelt werden soll auch, ob die HanseCard andere Rabattierungssysteme der Organisationen ablösen und integrieren kann.
4. Im Rahmen dieser Neuausrichtung soll die HanseCard langfristig auch im Kreis gestärkt werden. Hierbei ist eine angemessene finanzielle Beteiligung der beteiligten Gemeinden notwendig.
5. Die Konzeption und relevante Gespräche sollen 2025 abgeschlossen werden. Die Umsetzung soll spätestens zum 01.01.2026 erfolgen. Benötigte Haushaltsmittel werden eingestellt.
6. Die „neue“ HanseCard wird automatisiert an den Empfänger*innenkreis im Leistungsbezug versendet. Die Sichtbarkeit der HanseCard soll durch Öffentlichkeitsarbeit deutlich erhöht werden.

Die Begründung: Die HanseCard (u.a. VO/11255/24 u. Sachstandsbericht HanseCard, 03.09.24) soll soziale und kulturelle Teilhabe für Kinder und Jugendliche im Leistungsbezug in der Hansestadt sichern. Diese Teilhabe steht auch Erwachsenen zu. Am 06.03.24 haben Mitglieder des Rates und der Verwaltung an einem Workshop mit Prof. Narku Laing zum Thema „Diskriminierungsfreie Kommune“ teilgenommen. In diesem wurden die komplizierten Rabattsysteme einzelner Institutionen, fehlende Informationen darüber und die fehlende SozialCard für jedes Alter in Lüneburg als wesentliche Teilhabehürde identifiziert. Um den Weg zu einer diskriminierungsfreien Kommune weiterzugehen, schlagen wir daher die Ausweitung der HanseCard vor. Die Hansestadt soll sich dabei an anderen Städten orientieren (Bsp. SozialCard Göttingen), die ähnlichen Modelle bereits erfolgreich umgesetzt haben.

Pia Redenius

Andrea Kabasci